

An
Herrn Fraktionsvorsitzenden Andreas Dressel
Herrn Fraktionsvorsitzenden Anjes Tjarks

per email

Hamburg, 16. März 2016

Bitte um Unterstützung für den Stopp des Baugenehmigungsverfahrens für die Folgeunterkunft Osterfeldstrasse Eppendorf

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dressel, sehr geehrter Herr Abgeordneter Tjarks,

dank der ausführlichen Darstellungen der Planungen für eine Folgeunterbringung für Flüchtlinge mit der Perspektive Wohnen in Form der „Expressbauten an der Osterfeldstraße“ im Bezirk Hamburg Nord durch das Bezirksamt und die zuständigen Fachbehörden, sowie Vertreter des Investors Maaß und fördern & wohnen AÖR am Montag, den 29.02.2016, in der Hauptkirche St. Nikolai, konnten einige Fragen der Bevölkerung sowie der Bürgerinitiative „Eppendorf/Lokstedt: Integration statt Großsiedlung“ (Mitglied im Dachverband IFI Hamburg) teilweise beantwortet werden. Das Gros unserer Fragen und die grundsätzlichen Bedenken gegen das Großprojekt konnten jedoch leider nicht aus dem Weg geräumt werden.

Aus unserer Sicht ist während der Veranstaltung vielmehr sehr deutlich geworden, dass das Vorhaben höchst umstritten ist und ein Großteil der Eppendorfer Bevölkerung kein Verständnis für diese Form konzeptloser Integrations- und Baupolitik hat (ca. 500 Unterkünfte in zwei Wohneinheiten mit ca. 3000 Flüchtlingen). Auch das überwältigende Ergebnis der Volksinitiative - 26.000 Unterschriften in 5 Tagen - zeigt, dass die geplanten Großsiedlungen und Massenunterkünfte in der gesamten Hamburger Bevölkerung außerordentlich kritisch gesehen werden und ein Volksentscheid sehr wahrscheinlich wird, wenn Senat und Bürgerschaft nicht vorher umsteuern. Allein in Eppendorf konnte trotz der sehr kurzen Mobilisierungszeit eine vierstellige Unterschriftenzahl zur Volksinitiative beigesteuert werden.

Auf der Ebene des Dachverbandes, zu der auch die Bürgerinitiative "Eppendorf/Lokstedt: Integration statt Großsiedlung" gehört, wurden nun bereits mit Ihnen konstruktive Gespräche über Lösungen für eine nachhaltigere Integration geführt. Damit diese Gespräche auch weiterhin von unserer Seite ergebnisoffen und konstruktiv geführt werden können, möchten wir Sie bitten, dafür zu sorgen, dass im Bezirk Nord keine Fakten aus Beton geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund fordern wir Sie und die Vertreterinnen und Vertreter Ihrer Parteien im Hamburger Senat auf, die Planungen

und das Baugenehmigungsverfahren durch den Bezirk Hamburg Nord im Bereich der Osterfeldstraße bis zur Auswertung des Bürgerbegehrens auszusetzen.

Auf dieser Grundlage möchten wir mit Ihnen weiter in ergebnisoffene Gespräche einsteigen, um gemeinsam mit Senat, Ihren Fraktionen und dem Bezirk nach Alternativen und Lösungen für eine nachhaltige Integration in kleinteiligeren Unterbringungsformen in Eppendorf und dem gesamten Bezirk Hamburg Nord zu suchen. Hierfür bieten wir Ihnen unsere geballte Kompetenz von Stadtplanern, Projektentwicklern, Architekten, Juristen, Verwaltungsfachleuten, Mediatoren und Konfliktberatern an, die sich mittlerweile in unserer Bürgerinitiative zusammengeschlossen haben.

Da Herr Rösler als zuständiger Bezirksamtsleiter nach eigenen Worten „derzeit keinen Bedarf (sieht), das Baugenehmigungsverfahren anzuhalten“ und wir berechtigt befürchten müssen, dass der Bezirk in den nächsten Tagen die Baugenehmigung erteilen möchte, bitten wir Sie:

Setzen Sie ein Zeichen, dass Sie an einem ernsthaften und ergebnisoffenen Dialog mit Ihren Bürgerinnen und Bürgern in Eppendorf, Lokstedt und Hoheluft-Ost interessiert sind. Stoppen Sie das Baugenehmigungsverfahren! Verhindern Sie die weitere Spaltung des Stadtteils und des Bezirkes in dieser für uns und für die Flüchtlinge so wichtigen Angelegenheit! Organisieren Sie mit Ihren Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam ein Verfahren, in dem wir eine nachbarschaftliche und nachhaltige Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft und unseren Stadtteilen ermöglichen können.

Wir würden uns über eine positive Antwort bis zum 18.03.2016 sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Stellermann

Sprecher der Bürgerinitiative Eppendorf/Lokstedt: Integration statt Großsiedlung